

SCHWERPUNKT ZUM STAND DER BÜRGERRECHTSBEWEGUNG

EINIGE ANMERKUNGEN ZU DER VERANSTALTUNG „SICHERHEITSSTAAT AM ENDE – KONGRESS ZUR ZUKUNFT DER BÜRGERRECHTE“

Am 23. und 24. Mai 2008 fand in Berlin ein bundesweiter Kongress zur Zukunft der Bürgerrechte unter dem Titel „Sicherheitsstaat am Ende“ statt. Obwohl diese Veranstaltung Hoffnung auf eine Wiederbelebung der Bürgerrechtsbewegung macht, offenbarte er exemplarisch die Defizite der gegenwärtigen Bürgerrechtspolitik in Deutschland.

Ziel der von neun Bürgerrechtsorganisationen organisierten Veranstaltung war es, nicht nur eine Bestandsaufnahme der derzeitigen Entwicklungen im Bereich der (inneren) Sicherheit zu leisten, sondern auch die eigene Praxis kritisch zu diskutieren. Hier wäre es wichtig gewesen, sowohl die gemeinsamen inhaltlichen Ausgangspunkte als Grundlage einer fundierten Kritik zu thematisieren, als auch konkrete Ansätze für die Entwicklung politischer Gegenstrategien zu entwickeln. Die Legitimität des Sicherheitsstaates und seiner Politik sollte nachhaltig untergraben werden.

Dieses – zugegebenermaßen hochgesteckte – Ziel konnte nicht erreicht werden. Zwar haben sich an beiden Tagen zwischen 200 und 300 Interessierte in der Humboldt-Universität, dem Tagungsort, zusammengefunden. Jedoch krankte der Kongress an den beinahe schon typischen Unzulänglichkeiten der Bürgerrechtsbewegung in Deutschland.

Die Zielgruppe erweitern

Die Veranstalter/innen und ihr politisches Umfeld blieben weitestgehend unter sich. Eine Einbeziehung von externen Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen ist nur begrenzt gelungen. Dies kann nicht am Thema liegen, da die Inhalte der Foren – Migration, Versammlungsrecht, Sicherheitsarchitektur, Militarisierung – auch Menschen ansprechen, die außerhalb der klassischen Bürgerrechtsbewegung politisch aktiv sind. Die im Januar 2008 eingeführte Vorratsdatenspeicherung, die § 129a-Verfahren der letzten Jahre gegen linke Aktivist/innen, die weiträumigen Versammlungsverbote während des G8-Gipfels, die nicht Abreißen wollende Diskussion um einen Einsatz der Bundeswehr im Innern, das neue BKA-Gesetz und schließlich auch die flächendeckende Bespitzelung von Mitarbeiter/innen des

LIDL-Konzerns sind Themen, die unmittelbar vor dem Kongress in der Öffentlichkeit breit diskutiert wurden und zu denen verschiedene politische Spektren und Gruppen eine eigene Praxis entwickelt haben. Trotzdem konnten diese Kreise kaum erreicht werden. Dies liegt zum einen daran, dass es nicht gelungen ist, Gruppen und Institutionen, die nicht im klassischen Sinne Bürgerrechtsarbeit praktizieren, anzusprechen und aktiv in die Vorbereitung des Kongresses einzubinden. Dazu gehören die Gewerkschaften, Mitarbeiter/innen betroffener Unternehmen, aber auch Gruppen wie der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung.

Hier bedarf es zunächst einer Verbreiterung der Bürgerrechtsarbeit. Der Abbau der politischen Grundrechte und die Neuentwicklung einer Sicherheitsarchitektur sind nicht nur Themen der Bürgerrechtsorganisationen, sondern werden auch in anderen politischen Foren und Organisationen diskutiert und kritisiert. Gerade die Zusammenarbeit mit „Betroffenen“-Gruppen und „allgemeinpolitischen“ Organisationen muss intensiviert und verstetigt werden. Die Ausweitung von staatlichen und privaten Kontroll- und Überwachungsbefugnissen, der Umbau der Sicherheitsarchitektur, die Aushöhlung des Streikrechts und die Verschärfung des Versammlungsrechts stehen nicht neben einander, sondern sind Ausdruck der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung. Die Verbindungen zu benennen und die jeweiligen Akteure zusammenzubringen sollte zu einer zentralen Aufgabe der Bürgerrechtsbewegung in den nächsten Jahren werden.

Soziale versus politische Grundrechte

Zu einer Verbreiterung gehört aber auch die Erweiterung der politischen Themenpalette. Es wird immer offensichtlicher, dass die politische Ausrichtung allein auf politische Grundrechte nicht mehr ausreicht, sondern es einer Verbindung von politischen Freiheitsrechten und sozialen Grundrechten bedarf; eine Diskussion, die in anderen Teilen der Welt schon viel weiter fortgeschritten ist. Eine entsprechende Erweiterung der politischen Agenda der Bürgerrechtsbewegung könnte damit sowohl einem reinen Anti-Etatismus, als auch einer weit verbreiteten Mentalität entgegenwirken, politische Forderungen einfach an den Staat zu delegieren und damit emanzipatorische Entwicklungen zu blockieren.

Die sich daraus ergebenden Widersprüche sollten nicht verdeckt, sondern offen benannt und produktiv genutzt werden. Unter den derzeitigen gesellschaftlichen Bedingungen lediglich eine Freiheit vom Staat einzufordern, greift zu kurz und ignoriert die Lebensbedingungen von einem Großteil der Menschheit, für die die Existenz von – wie auch immer gearteten – gesellschaftlichen Institutionen, die halbwegs

soziale Mindeststandards gewährleisten können, einen enormen sozialen Fortschritt bedeuten würde. Die freie Entfaltung aller und jedes Einzelnen ist nur dort möglich, wo soziale Rechte respektiert und eine soziale Grundsicherung garantiert werden, beispielsweise durch eine allen zugängliche soziale Infrastruktur. Die Schaffung dieser Voraussetzungen von staatlichen Institutionen einzufordern, ist legitim. Allerdings können globale soziale Rechte nur dort Geltung beanspruchen, wo sie auch bürgerschaftlich angeeignet, durchgesetzt und gesichert werden. Soziale und politische Menschenrechte sind – wie das Recht auch im Gesamten – Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen und damit auch immer gegen den Staat durchzusetzen. In diesem Spannungsverhältnis gilt es zu agieren und neue Wege einer emanzipatorischen bürgerrechtlichen Politik zu entwickeln.

Das Recht und sein Kontext

Darüber hinaus wurde auf dem Kongress deutlich, dass die Bürgerrechtsbewegung in Deutschland zu sehr von Jurist/innen dominiert ist und die Referent/innen sich in ihrer Argumentation zu sehr an rechtlichen Kategorien orientiert haben. Gemeinsame Diskussionen drehen sich oft um die Klage über die Rechtswidrigkeit staatlichen Handelns und die Frage nach den Möglichkeiten juristischer Interventionen. Ein Rekurrieren auf das Recht als gesellschaftliches Konfliktlösungsmedium oder das abstrakte oder konkrete Einfordern von rechtsstaatlichen Verhältnissen sind nur bedingt geeignete Strategien, um der derzeitigen Entwicklung entgegen wirken zu können.

Zwar kann mittels Recht und Gesetz staatliche Gewalt eingeschränkt, zivilisiert und in Bürger/innen schützende Förmlichkeiten gezwängt werden. Das Recht ist aber auch Mittel zur Erweiterung des staatlichen Handlungsspielraums und dient damit der Legitimierung von staatlicher Gewalt. Das Recht sollte daher wieder mobilisiert werden als Ressource und Mittel zur gesellschaftlichen Veränderung, zur Erweiterung gesellschaftlicher Partizipationsmöglichkeiten, zur Schaffung von Ressourcengerechtigkeit sowie zur Stärkung der Autonomie des Einzelnen.

Damit verbunden ist die Frage nach den gesellschaftlichen Hintergründen für die aktuelle Entwicklung. Sie wurde an vielen Stellen während des Kongresses angesprochen, blieb aber oft nebulös und wurde nicht weiter konkretisiert. Hierin offenbart sich eine inhaltliche Schwachstelle der Bewegung, deren Beantwortung allerdings auch nicht zentrale Zielstellung des Kongresses gewesen ist und aufgrund ihrer Komplexität auch nicht sein konnte. Gerade aus der Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse können viele wichtige Ansatzpunkte für eine Kritik und eine Diskussion über Strategien und Perspektiven gewonnen werden. Auch fehlt es der Bürgerrechtsbewegung in Deutschland an einer effektiven internationalen Vernetzung und einer stärkeren Rezeption von international geführten Debatten. Gerade im Bereich der sozialen Dimension von Menschenrechten sind die Diskussionen beispielsweise in Lateinamerika, Großbritannien und den USA oft schon viel weiter.

Neue Strategien

Falsch wäre es, aus diesem Fazit die Schlussfolgerung zu ziehen, dass der Kongress in seiner Zielsetzung gescheitert ist. Die Zukunft sollte vor allem auch ein Anfang sein: für das Zusammenführen von Diskussionssträngen, die an verschiedenen Ecken verfolgt werden; für ein Ausloten der Gemeinsamkeiten und Unterschiede innerhalb der Bürgerrechtsorganisationen; für Diskussionen um neue politische Handlungsstrategien, die den gegenwärtigen Entwicklungen gerecht

werden. Wenn der Kongress ein Erfolg gewesen sein soll, dann darf er tatsächlich nur ein Anfang gewesen sein. Dies bedeutet, dass die angesprochenen Themen, derer sich die Bürgerrechtsbewegung dringend annehmen muss, nunmehr in eine kontinuierliche Diskussion überführt werden sollten. Die Bürgerrechtsbewegung muss aus ihren politischen Handlungsmustern ausbrechen, nach neuen inhaltlichen Ansätzen suchen und Bündnisse eingehen mit Organisationen und Personen, mit denen es inhaltliche und strategische Überschneidungen gibt.

Oft erscheint Bürgerrechtsarbeit als etwas sehr altbackenes, als nicht zeitgemäß, als ein politisches Feld für „alte Damen und Herren“. Dies liegt einerseits an der Mitgliederstruktur mancher Bürgerrechtsorganisationen, andererseits an einem überholten Verfassungspatriotismus, der zum Teil aus unseren Reihen propagiert wird. Hier sollte darüber nachgedacht werden, welche neuen Aktionsformen genutzt werden können, um die Bürgerrechtsbewegung daraus zu „befreien“. Gleichzeitig ist es erforderlich, neue Bündnispartner zu finden und mit Leuten und Netzwerken zusammen zu kommen, die auf unseren Themenfeldern agieren, aber keinen originären Bezug zur Bürgerrechtsbewegung haben.

Dieser Artikel soll nur ein Beitrag für eine hoffentlich fruchtbringende und weiterführende Diskussion über die Zukunft der Bürgerrechtsbewegung sein. Wenn der Kongress Anlass gegeben hat, über solche Fragen nachzudenken und Auseinandersetzungen anzuregen, dann hat er sein Ziel erreicht.

Die Autoren sind Mitglieder im erweiterten Vorstand des Republikanischen Anwältinnen- und Anwälte vereins (RAV) und waren an der Vorbereitung und Durchführung des Kongresses beteiligt. Peer Stolle ist Rechtsanwalt in Berlin, Tobias Singelstein ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzug am Fachbereich Rechtswissenschaften der FU Berlin.

Anzeige

CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation



» Sammelstelle der Solidaritätsbewegung **HAUSPROJEKTE** Erfahrungsaustausch in Berlin: Solidarische Finanzierung und Absicherung · Selbstverwaltetes Studierenden-Wohnheim »Bettenhaus«, Marburg: Solidarischer Hauskauf **KULTUR** Erasmus Schöfers Roman über die Umwälzungsversuche der achtziger Jahre: Vom Eisen befreit **GENTECH** Treffen mit Percy Schmeiser in Glandorf – Wie Monsanto begegnet werden kann **PALASTINA**

»Follow the Women«-Solidaritätsreise: Mit dem Fahrrad nach Palästina **GENO** Genossenschaftliche Wasserversorgung – eine zukunftsfähige Option! **u.v.m.**

**Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro**

(Es endet automatisch und muss nicht gekündigt werden.
Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

Probieren: www.contraste.org

LINKE MEDIENAKADEMIE Häufig fehlt das Sprachrohr für gewünschte Veränderungen – 300 linke und alternative MedienmacherInnen beim »Gipfeltreffen« - »Inhalte brauchen Qualität – Qualität braucht Inhalte« · Russische Medien: Journalisten in der gelenkten Demokratie · Politische und historische Aspekte: Das Projekt einer linken Ästhetik · Blogs, Newsletter und mehr: Formen politischer Kommunikation im virtuellen Raum **ESF** Europäisches Sozialforum in Malmö: »Power to the People!« **ARCHIVE** Hans-Litten-Archiv, Göttingen: Materialien über politische Verfol-